Neue Zürcher Zeitung

KOMMENTAR

Die Kampfjetgegner haben ihre Chance verbummelt – eine Volksinitiative ist kein Rüstungsreferendum

Der Bundesrat will nun den Vertrag für das neue Kampfflugzeug doch unterzeichnen. Dies ist ein starkes Signal nach aussen: Die Schweiz ist bereit, ihren Beitrag für die Sicherheit Europas zu leisten.

Georg Häsler, Bern

27 Kommentare →

18.05.2022, 17.23 Uhr



Ein italienischer F-35 über Litauen. Die Jets der fünften Generation leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, dass die russische Luftwaffe nicht ihre volle Kraft entfalten kann.

Karolio Kavolelio Fotografija / Imago

Ein friedlicher Vorsommer erfrischt Europa mit einer zuversichtlichen, fast schon sorglosen Stimmung. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine scheint surreal und weit weg zu sein, wären da nicht die täglichen Nachrichten über die Grausamkeit der Kämpfe. Die Distanz zu dieser Realität verdanken die Europäerinnen und Europäer einerseits dem ukrainischen Wehrwillen und andererseits der technologischen Überlegenheit des Westens.

Insbesondere die F-35-Jets der Nato leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, dass die russische Luftwaffe nicht ihre volle Kraft entfalten kann. Der Westen und auch die Ukraine sind den Generälen des Kremls stets einen, wenn nicht zwei Schritte voraus. Denn die US-Kampfflugzeuge der fünften Generation, die jetzt entlang der russischen Grenze patrouillieren, saugen alle möglichen Daten über den Gegner auf und setzen sie zu einem umfassenden Lagebild zusammen.

Die Beschaffung genau dieser Plattform als neues Kampfflugzeug für die Schweizer Luftwaffe will ein Komitee rund um die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee und die Grünen mit einer Volksinitiative verhindern. Im Schlepptau der Armeegegner befindet sich nach wie vor die Bundesratspartei SP. Doch die Unterschriftensammlung harzt.

Viola Amherd nimmt das Heft in die Hand - endlich

Das Volksbegehren müsste schon längst eingereicht sein, um als legitimes Veto gegen den F-35 betrachtet zu werden. Der Bundesrat beschloss die Beschaffung von 36 Jets letztes Jahr vor der Sommerpause auf der Basis einer sorgfältigen Evaluation. In der Sommersession geht das Geschäft ins Parlament. Ein deutliches Ja der sicherheitspolitisch vernünftigen Mehrheit ist zu erwarten.

Dann will der Bundesrat den Vertrag mit den USA unterschreiben – spätestens bis am 31. März 2023. Am Mittwoch entschied die Landesregierung, nicht weiter zu warten, bis sich das Komitee bemüht haben wird, die Unterschriften bei der Bundeskanzlei einzureichen. Der Krieg in der Ukraine hat die Dringlichkeit der Kampfjet-Beschaffung zusätzlich erhöht. Zudem entwickelt sich der F-35 international zum Verkaufsrenner. Eine Verzögerung gefährdete den ohnehin schon knappen Zeitplan.

Bundesrätin Viola Amherd, die Chefin des
Verteidigungsdepartements (VBS), hat das Heft in die Hand
genommen – endlich. Die Sicherheitspolitischen
Kommissionen von National- und Ständerat mussten
ordentlich nachhelfen. Notfalls hätte das Parlament die zügige
Unterschrift festgeschrieben. Jetzt hat sich der Bundesrat am
Mittwoch doch noch selbst für ein Vorgehen nach dem
ordentlichen Verfahren ausgesprochen.

Tatbeweis für die sicherheitspolitische Solidarität

Dies ist eine gute Nachricht für die Sicherheit der Schweiz, es ist aber auch innenpolitisch richtig. Die Bevölkerung hat im September 2020 bereits dem Rahmenkredit von sechs Milliarden Franken für ein neues Kampfflugzeug zugestimmt. Auch ist eine Volksinitiative kein Rüstungsreferendum. Ganz bewusst ist in der Bundesverfassung kein solches Instrument vorgesehen. Die Landesverteidigung als Kernaufgabe des Bundes soll nicht tagespolitischen Stürmen ausgesetzt werden.

Die Kampfjet-Gegner haben ihre Veto-Chance mit dem Weg über eine Verfassungsinitiative verbummelt. Die Taktik, die Beschaffung hinauszuzögern und so die Planung der Armee durcheinanderzubringen, ist nicht aufgegangen. Im Gegenteil: Der Bundesrat hat sich noch einmal für den F-35 ausgesprochen. Das neue Kampfflugzeug aus den USA ist kaum mehr zu stoppen.

Dies spricht aber nicht gegen eine kritische Begleitung der Beschaffung durch die Geschäftsprüfungskommission des Parlaments und der Eidgenössischen Finanzkontrolle. Immerhin wird der F-35 das Rückgrat der Schweizer Armee der Zukunft sein. Die US-Plattform bedeutet einen Technologiesprung für das militärische Gesamtsystem. Es ist deshalb richtig, genau hinzuschauen und, wenn nötig, Korrekturen einzufordern.

Doch jetzt ging es um ein sicherheitspolitisches Signal – auch nach aussen. Die Schweiz übernimmt auch weiterhin ihre Mitverantwortung, die freiheitlichen Gesellschaften Europas zu schützen. Eines der reichsten Länder will solidarisch zur Kriegsverhinderung beitragen. Die Beschaffung des F-35 ist ein Tatbeweis.

27 Kommentare

Fritz Ebner vor etwa 19 Stunden

Es ist sonnenklar, dass auf die laufende Unterschriftensammlung gegen den F-35 Jet keine Rücksicht genommen werden darf. Wie schon mehrfach gesagt: Eine Volksabstimmung hat diese Beschaffung bewilligt. Für den definitiven Entscheid und die Kreditbewilligung sind der Bundesrat und die Bundesversammlung zuständig. Dagegen eine Volksinitiative zu lancieren, ist ein krasser Missbrauch politischer Rechte. Wo kommen wir hin, wenn Unterlegene hinterher Abstimmungsergebnisse immer wieder in Frage stellen und umstürzen könnten? Ganz und gar undemokratisch. Wie auch das Geschäft nun abgewickelt wird: Die Initiative dürfte auf keinen Fall zur Abstimmung gebracht werden. Sie ist zum vornherein ungültig. Bei der Linken haben offensichtlich destruktive Elemente Oberhand gewonnen. Gegen jeden notwendigen Reformschritt machen sie Obstruktion, wie z.B. auch gegen die

überfällige AHV-Revision, und stossen parteiintern nicht einmal auf Widerstand. Die an sich moderaten Kräfte kuscheln kläglich.

82 Empfehlungen

Mirco Schmid vor etwa 20 Stunden

Das der Vertrag unterzeichnet wird, ist gewiss der aktuellen geopolitischen Situation zu verdanken, aber auch ohne, würde ich das als wichtig erachtet, da die Schweiz zu "seinem Wort" stehen sollte. Die direkte Demokratie wird ad absurdum geführt, werden getroffene Volksentscheide gleich wieder torpediert.

73 Empfehlungen

Alle Kommentare anzeigen

Passend zum Artikel

KOMMENTAR

Für eine Nato-Annäherung braucht die Schweiz ein souveränes militärisches Gesamtsystem

17.05.2022

Die Schweizer Luftwaffe wäre nur bedingt auf einen bewaffneten Konflikt vorbereitet

01.02.2022

Die USA tragen bei der Verteidigung Osteuropas die Hauptlast

19.03.2022

Mehr zum Thema Kampfjets >



GASTKOMMENTAR

Schluss mit dem Dornröschenschlaf: Die Armee muss wieder verteidigungsfähig werden

19.05.2022	\bigvee

Die Kampfjets kommen: Der Bundesrat will den Vertrag für die F-35 unterschreiben

18.05.2022

Amherd in Washington: «Die Schweiz gewinnt die USA für viele Jahre als zuverlässige Partnerin»

Weshalb braucht die Schweizer Armee mehr Geld?

09.05.2022

Rasche Beschaffung des F-35: Amherd und die Stahlhelm-Fraktion haben sich doch noch gefunden

Alarmstart der deutschen Luftwaffe wegen russischen Militärflugzeugs
03.05.2022

Weitere Themen

F-35

Für Sie empfohlen >

DIE NEUSTEN ENTWICKLUNGEN

Wölfe in der Schweiz: Bund stellt zusätzliche Mittel für Herdenschutzmassnahmen bereit

Aktualisiert	vor 3 Stunden		

Welche Corona-Zahlen jetzt noch wichtig sind

Aktualisiert vor 3 Stunden	
Die wichtigsten Daten und Fakten zum Coronavirus weltweit in Grafiken	
Aktualisiert vor 3 Stunden	
«Ich war ein Coop-Kind. Nie hätten meine Eltern die Migros betreten»: Wie ein sonderbarer Glaubenskrieg die Schweiz während Jahrzehnten spaltete	
KOMMENTAR	
Österreich setzt auf Durchwursteln statt eine Zeitenwende	
19.05.2022	\square
Feindliche Übernahme am WEF: Ein ukrainischer Oligarch stellt im ehemalige «Russia House» Kriegsverbrechen aus 19.05.2022	e n
«Sonst wäre ich heute nicht mehr in diese Raum, sondern untergegangen» – der YB Sportchef Christoph Spycher über die Gründe für das klare Scheitern 18.05.2022	
«Es ergibt Sinn, nicht ständig zu futtern» steigert Fasten gar die Leistungsfähigkeit vor 2 Stunden	

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.